

„Die Bundesregierung sollte sich nicht erpressen lassen“

Claudia Kemfert, Energie-Expertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, zu Drohungen und Klagen der Stromerzeuger

Von der Bundesregierung erwartet sie einen klaren energiepolitischen Kurs, die Absicht der Stromkonzerne hält sie für durchschaubar: Diese pokern um mehr Geld. Hans-Ulrich Brandt sprach mit Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung über den Strommarkt.

Der Stromversorger RWE droht, Atomkraftwerke vorzeitig vom Netz zu nehmen, wenn die Strompreise fallen. Wie ernst muss die Politik dies nehmen?

Claudia Kemfert: Wir kennen diese Drohgebärden. Die Bundesregierung sollte sich davon nicht beeindruckt lassen. Wir haben im Moment massive Überkapazitäten –

gerade im Norden, Westen und Osten Deutschlands. Deshalb macht es Sinn, alte und ineffiziente Anlagen – insbesondere Kohlekraftwerke – in diesen Regionen abzuschalten. Dafür sollten aber nicht noch extra Subventionen gezahlt werden, denn dann würden die Strompreise für die Verbraucher weiter steigen.

Der Energiekonzern EnBW wehrt sich gerichtlich gegen das Abschaltverbot für unrentable Kraftwerke. Welche Chance hat EnBW, damit durch zu kommen?

Die Absicht, die EnBW mit dieser Klage verfolgt, ist die: Man will für die Kraftwerke

noch einmal zusätzliche Zahlungen bekommen. Ob EnBW damit durchkommt, ist offen. Es ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, dass sogenannte systemrelevante Kraftwerke Extra-Zahlungen erhalten.

Stimm denn, was RWE-Chef Terium behauptet, dass nämlich bei einem weiteren Verfall des Strompreises, von dem die Verbraucher leider ja nichts merken, die Atomkraftwerke im „roten Bereich“ sind?

In der Tat sind die Preise an der Strombörse derzeit sehr niedrig, sodass einige Kraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Atomkraftwerke sind jedoch seit langem abgeschrieben, sie produzieren noch immer sehr preiswert Strom. Die Absicht der Konzerne ist leicht durchschaubar. Es sollen zusätzliche Zahlungen von der Bundesregierung erwirkt werden. Diesem Erpressungsversuch sollte man nicht erliegen. Man sollte besser den Börsenpreis durch die Verminderung des überschüssigen Stromangebots und durch höhere CO₂-Preise stabilisieren.

Käme es zu einem vorzeitigen Aus von Atomkraftwerken, was wäre die Folge? Ginge dann das Licht aus?

Ein vorzeitiges Abschalten von Atomkraftwerken ist gar nicht machbar. Kraftwerke müssen zur Stilllegung angemeldet werden. Kraftwerke in Regionen ohne Überkapazitäten können nicht einfach abgeschaltet werden. Im Süden Deutschlands müssen erst neue Kapazitäten und neue Leitun-

gen geschaffen werden, damit die Kraftwerke 2022 vom Netz gehen können. Sicher ist: In Deutschland gehen die Lichter nicht aus.

Zur Person: Claudia Kemfert (45) leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Sie ist Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz.

Stromversorger wehren sich

■ Bei den Ökostromkosten ist nach Ansicht von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Schmerzgrenze erreicht. Angehts jährlicher Kosten von 22 bis 24 Milliarden Euro dürften der Wirtschaft keine weiteren Belastungen zugemutet werden. Sein Eckpunktepapier hat die Branche aufgeschreckt. RWE-Chef Peter Terium hält sogar ein vorzeitiges Aus von Atomkraftwerken für möglich, weil sich der Betrieb kaum noch rechne. Der Energieversorger EnBW wehrt sich gerichtlich gegen das Abschaltverbot für unrentable Kraftwerke. Aus Gabriels Ministerium heißt es dazu auf Anfrage unserer Zeitung: „Für die (...) Kraftwerksblöcke Marbach und Wahlheim hat die Bundesnetzagentur Ende Dezember auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiber die Ausweisung der Systemrelevanz genehmigt, die Folge ist ein gesetzliches Stilllegungsverbot bis Mitte 2016.“ (hub)



Expertin auf dem Gebiet der Energiewirtschaft: Claudia Kemfert. Vor einem Jahr erschien ihr Buch „Kampf um Strom“. Darin beschreibt sie nach eigener Aussage „die Mythen in der energiepolitischen Debatte“.

FOTO: SABINE BRAUN